

## Hängepartie um WestLB

»Rot-Grün« scheitert mit Gesetzentwurf im NRW-Landtag. Konsequenzen unklar

Im Streit über die marode WestLB mußte die »rot-grüne« Minderheitsregierung in Nordrhein-Westfalen ihre erste Abstimmungsniederlage hinnehmen. Der Düsseldorfer Landtag lehnte am Donnerstag einen Antrag der Koalition für das Restrukturierungsprogramm der Landesbank ab. SPD und Grüne stimmten dafür. CDU, FDP und Die Linke stimmten dagegen. Durch das Patt von 88 zu 88 Abgeordneten, scheiterte der Antrag.

Obwohl es sich nur um einen politischen Grundsatzbeschuß handeln sollte, sind die Konsequenzen unklar. Offen ist, ob es einen neuen WestLB-Antrag geben soll. Der mit Bund und Sparkassen ausgehandelte Kompromiß zur Aufspaltung der maroden Landesbank sieht vor, daß das Land NRW die Restbank mit zusätzlichen Garantien in Höhe von einer Milliarde Euro ausstattet.

Nach mehreren Sitzungsunterbrechungen wollten Rot-Grün und CDU bis zum Abend über eine mögliche Lösung beraten. Bis Mitternacht sollte der Bund den WestLB-Vorschlag bei der EU-Kommission einreichen. Eine förmliche Zustimmung des NRW-Landtags hierfür sei aber »wohl nicht unbedingt notwendig«, sagte eine Sprecherin des Finanzministeriums.

In einer teils polemisch geführten Debatte hatte SPD-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft zuvor eindringlich an die Opposition appelliert, dem Antrag zuzustimmen. Von der CDU verlangte die Regierungschefin eine »klare und eindeutige Entscheidung«. Die CDU würde bei einem Nein »ihren Anspruch verwirken«, die Politik im Land verantwortlich zu gestalten, sagte Kraft. Mit einer Ablehnung würde die Parteien auch ihren eigenen Bundesfinanzminister in Berlin schwächen. Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD) warnte im Falle eines Scheiterns gar vor einem »Super-GAU«.

Die CDU unterstütze grundsätzlich das ausgehandelte Konzept, sagte Fraktionsvorsitzender Karl-Josef Laumann. Allerdings verlangen die Christdemokraten von »Rot-Grün« die Einhaltung der Schuldenbremseregulierung und Ausgabenkürzungen. Die Linke sagte ebenfalls nein. Sie fordert einen Untersuchungsausschuß über Mißwirtschaft bei der angeschlagenen Landesbank. »Jeden weiteren Blankoscheck für eine Bankenrettung zu Lasten des Landes NRW und auf Kosten der Steuerzahlerinnen und -zahler lehnen wir ab«, hatte deren haushaltspolitischer Sprecher Rüdiger Sagel im Vorfeld erklärt. (dapd/jW)